



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der AfD: Abschiebungen endlich starten, statt sie durch einen „Spurwechsel“ zu verhindern!

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 15.06.2018

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Antrag zeigt wieder einmal deutlich den Unterschied zwischen unserer Migrationspolitik und derjenigen der AfD. Sie setzen nur auf Abschottung und Abschiebung. Wir Freie Demokraten und die NRW-Koalition stehen hingegen für eine geordnete Migration über ein kohärentes Einwanderungsgesetzbuch, das klar unterscheidet zwischen der humanitären Verantwortung für Asyl und Flüchtlingsschutz sowie einer qualifizierten Einwanderung von Fachkräften. Nur so können wir auch verhindern, dass durch eine unkontrollierte Migration die gesellschaftliche Akzeptanz für die Menschen gefährdet wird, die bereits gut integriert hier leben oder als qualifizierte Einwanderer zu uns kommen.

Deutschland braucht eine gesteuerte Einwanderung von Fachkräften, um auch langfristig unseren Wohlstand zu erhalten. Wir müssen sogar um die nötigen Talente werben.

Dafür brauchen wir über den eng begrenzten Rahmen im derzeitigen Aufenthaltsgesetz hinaus auch ein Angebot für qualifizierter Einwanderer. Dabei soll eine jährlich festzulegende Anzahl über eine Auswahl nach klaren Kriterien wie Alter, Sprachkenntnisse, Bildung, berufliche Qualifikationen und Bedarf des Arbeitsmarktes eine Aufenthaltsgenehmigung zur Arbeitsplatzsuche erhalten können.

Anrede

Diese Möglichkeit zur qualifizierten Einwanderung in Ausbildung und Arbeitsmarkt soll auch den Menschen offen stehen, die sich bereits aus anderen Gründen in Deutschland aufhalten. Unter Spurwechsel verstehen wir dabei einen Wechsel des jeweiligen Aufenthaltsstatus. Insbesondere für diejenigen Menschen, die schon lange mit einer Duldung hier leben, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz gefunden haben und sich gut in unsere Gesellschaft integriert haben, brauchen wir eine klare Perspektive.

Es ist weder humanitär zu verantworten noch volkswirtschaftlich sinnvoll, gut integrierte Steuerzahler und ihre Familien nach vielen Jahren wieder abzuschieben.

Dabei müssen wir aber darauf achten, dass es nicht zu einer Privilegierung gegenüber denjenigen Menschen kommt, die sich um eine qualifizierte Einwanderung aus dem Ausland bewerben. Eine Aufweichung der Kriterien beim Spurwechsel darf es jenseits der Altfälle nicht geben. Wir wollen keine neuen Fehlanreize zur Nutzung des Asylsystems ohne anerkannten Fluchtgrund auslösen, sondern die bestehenden gesetzlichen Einzelregelungen für ein Bleiberecht wie die Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration konsistenter sowie praktikabler gestalten und mit dem Einwanderungsgesetzbuch in einen geordneten Rahmen überführen.

Anrede

Die NRW-Koalition handelt auch in diesem Sinne. Mit dem neuen Erlass zur 3+2-Ausbildungsduldung verbessert Nordrhein-Westfalen die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und setzt damit ein wichtiges Zeichen für Handwerk und Mittelstand. Der Erlass schafft eine einheitliche Landespraxis und stärkt die Rechtssicherheit für Flüchtlinge in Ausbildung sowie für die ausbildenden Betriebe. Mit einem eigenen Gesetzentwurf für ein Einwanderungsgesetz werden wir über den Bundesrat unsere Vorschläge für eine Neuordnung der Migrationspolitik in Deutschland einbringen.

Anrede

Zu einer geordneten Migrationspolitik gehört auch die konsequente Rückführung abgelehnter Bewerber, die kein Bleiberecht in Deutschland haben. Gerade die Abschiebung von Gefährdern und Kriminellen muss oberste Priorität besitzen.

Ihre Vorwürfe sind jedoch völlig unangebracht. Nordrhein-Westfalen liegt sowohl bei freiwilligen Ausreisen wie auch bei Abschiebungen mit deutlichem Abstand bundesweit an der Spitze. Im letzten Jahr erfolgten über 6.000 Abschiebungen aus NRW, das war mehr als ein Viertel aller Abschiebungen aus Deutschland.

Und wir werden diese konsequente Politik fortsetzen. Mit der Einrichtung von Zentralen Ausländerbehörden unterstützen wir die Kommunen bei Rückführungen. Mit dem Stufenplan der Landesregierung werden wir die Kommunen auch hinsichtlich der Verteilung und Unterbringung von Flüchtlingen weiter entlasten. Wir werden Aufenthaltszeiten in den Landeseinrichtungen für Asylsuchende mit geringer Bleibeperspektive verlängern und diese Menschen eben nicht mehr den Kommunen zuweisen. Wir können dann Asylverfahren verkürzen und auch Rückführungen direkt aus den Landeseinrichtungen intensivieren.

Aber auch der Bund steht in der Verantwortung für die Beseitigung von Rückführungshindernissen. Ein großer Teil der heute geduldeten Menschen kommt aus Herkunftsländern, in die faktisch nicht abgeschoben werden kann. Wir brauchen hier auch in der Praxis funktionierende Rücknahmeübereinkommen. Das sind für uns Elemente einer geordneten Migrationspolitik. Ihr Antrag bringt uns in der Sache überhaupt nicht weiter.

Vielen Dank!